

Schulfach Wirtschaft | 14.01.2016 | Lesezeit 2 Min.

Nachgefragt und bald im Angebot

Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland in diesem Jahr an allen weiterführenden Schulen ein Pflichtfach Wirtschaft einführen. Obwohl die Mehrheit der Schüler sich für eine intensivere Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge in der Schule ausspricht, regt sich Widerstand. Vor allem die Gewerkschaften erheben Einwände und wollen die Einführung des Fachs Wirtschaft verhindern.

Jeder zweite 14- bis 20-jährige Schüler in Deutschland kennt sich in Wirtschaftsdingen schlecht aus, hat der Bankenverband in seiner jüngsten Jugendstudie festgestellt. Am besten wissen die Jugendlichen noch über das Prinzip von Angebot und Nachfrage Bescheid – das können immerhin drei von vier richtig erklären. Doch bei vielen anderen Wirtschaftsthemen müssen die Schüler passen (Grafik):

Wirtschaftswissen von Jugendlichen

So viel Prozent der 14- bis 20-jährigen Schülerinnen und Schüler können folgende Sachverhalte richtig erklären

Prinzip „Angebot und Nachfrage“

78

Rolle der Europäischen Zentralbank 37

Rendite 25

So viel Prozent der 14- bis 20-jährigen Schülerinnen und Schüler können alle abgefragten ökonomischen Sachverhalte ... erklären



Befragung von 392 Jugendlichen im Mai und Juni 2015
Quelle: Bundesverband deutscher Banken

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien · iwd 2

Welche Rolle die Europäische Zentralbank in der Eurozone spielt, wissen lediglich 37 Prozent der Jugendlichen. Was eine Rendite ist, kann nur jeder vierte beantworten.

Dabei interessieren sich die jungen Leute durchaus für Ökonomie: Laut Bankenverband hat das Bedürfnis, sich mit wirtschaftlichen Themen zu beschäftigen, seit 2012 sogar deutlich zugenommen. Dabei erwarten die Jugendlichen Wirtschaftsinformationen primär von der Schule (57 Prozent), gefolgt von den Medien (56 Prozent) sowie Banken und Eltern (je 20 Prozent).

Bislang wird Wirtschaft in den Bundesländern – von einigen Ausnahmen abgesehen – in der Regel nicht als eigenständiges Fach unterrichtet, sondern in Kombination mit anderen Fächern wie Geschichte, Sozialkunde oder Politik. Zudem können die Schüler oftmals selbst darüber entscheiden, ob sie mit Wirtschaftsthemen im Unterricht zu tun

haben wollen, denn vielerorts ist das Fach Wirtschaft wählbar.

Das wird sich dieses Jahr ändern: Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland Wirtschaft an allen weiterführenden Schulformen als Pflichtfach einführen – an den Gymnasien unter eben diesem Titel, an allen anderen Schulformen der Sekundarstufe I unter der Bezeichnung „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“.

Obwohl die Kultusministerkonferenz bereits im Jahr 2008 festgestellt hat, dass ökonomische Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung ist und zum Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen gehört, wird in Baden-Württemberg vehementer Protest gegen das geplante Pflichtfach Wirtschaft laut:

1. Die baden-württembergische Bildungsgewerkschaft GEW lehnt die Einführung des Fachs Wirtschaft mit der Begründung ab, die Wirtschaftswissenschaften würden Themen ausschließlich unter Grundprinzipien ökonomischer Rationalität behandeln.
1. Der DGB Baden-Württemberg hat den Bildungsplan für das Pflichtfach Wirtschaft untersuchen lassen und kommt zu dem Ergebnis, dieser würde eine „implizite Imagekampagne für Unternehmer“ leisten.

Allerdings erfährt das baden-württembergische Kultusministerium auch starken Rückenwind: von der „Initiative für ein Fach Wirtschaft in der Sekundarstufe 1“ – ihr gehören unter anderem der Realschullehrerverband, der Gemeinde-, Städte- und Landkreistag, die Industrie- und Handelskammern, der Handwerkstag sowie mehrere Industrie- und Arbeitgeberverbände an.

Kernaussagen in Kürze:

- Baden-Württemberg führt als erstes Bundesland ein Pflichtfach Wirtschaft an den weiterführenden Schulen ein.
- Obwohl die meisten Jugendlichen an Ökonomie interessiert sind, kennen sie sich mit Wirtschaftsthemen eher wenig aus.